



Pressemitteilung

AZ: 0200

Schwerin, 13.11.2009

Krankenhausplanung und Krankenhausfinanzierung in Mecklenburg-Vorpommern und in Deutschland

Die Krankenhausplanung muss fest in der Hand der Bundesländer bleiben und die Krankenhausfinanzierung muss dauerhaft durch die staatliche Gesetzgebung auf bundeseinheitlichem Niveau sichergestellt werden, fordern die Mitglieder der Krankenhausgesellschaft in ihrer diesjährigen Jahresversammlung am 13. November 2009 in Rostock-Warnemünde.

Die Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern sind bis heute noch der stabilste Wirtschaftsfaktor und die zuverlässigste Versorgungsinstitution unserer Bürger. Dieser Status darf nicht durch gesetzgeberische Akte auf Bundesebene gefährdet werden, warnt der Vorsitzende der KGMV, Dr. Hanns-Diethard Voigt, alle Verantwortungsträger in der Politik.

Der Koalitionsvertrag der neu gebildeten Regierung fordert einen Wettbewerb auch um Preise. Das ist verantwortungslos gegenüber chronisch bzw. schwer erkrankten Patienten, deren Gesundheit dann zu einer Ware wird. Die Koalition erklärt darüber hinaus abschließend zu den Krankenhausleistungen: „Bundeseinheitliche Preise werden abgelehnt!“, während die Kanzlerin zu Recht gleiche Lebensbedingungen in Ost und West anmahnt. Mit den Regelungen im Koalitionsvertrag jedoch werden die Krankenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern weiter auf das Abstellgleis geschoben. Bereits jetzt befinden sie sich am untersten Ende aller an Krankenhäuser gezahlten Entgelte, beschreibt der Geschäftsführer der KGMV, Wolfgang Gagzow, die dramatische Situation.

Es ist den Krankenhausträgern in Mecklenburg-Vorpommern nicht rational zu vermitteln, dass sie dauerhaft mit einem deutlich geringeren Preis für identische Leistungen auskommen müsse, als alle anderen Leistungsträger im Bundesgebiet.

Jede wissenschaftliche Studie belegt, dass die Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns durchschnittlich deutlich ärmer, älter und kränker als der Rest der Republik sind. Daraus resultiert zwangsläufig eine wesentlich höhere Inanspruchnahme medizinischer Dienstleistungen. Diese müssen auch entsprechend vergütet werden! Anderenfalls wird die Abwärtsspirale des Gesundheitszustandes unseres Landes weiter beschleunigt, so die klare Warnung der Krankenhausträger Mecklenburg-Vorpommerns an die Politik.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat in den vergangenen 20 Jahren eine weitestgehend zukunftsorientierte, bedarfsgerechte auf Qualität und Wirtschaftlichkeit orientierte Krankenhausplanung betrieben. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat darüber hinaus die investiven Bedarfe der Krankenhäuser zwar nicht zu deren Zufriedenheit, aber höher als in fast allen anderen Bundesländern umgesetzt.

Alle Verantwortungsträger Mecklenburg-Vorpommerns in Politik und Gesellschaft dürfen diesen guten Entwicklungsstand nicht untergehen lassen. Sie sind aufgefordert gemeinsam mit der Krankenhausgesellschaft alle Anstrengungen zu unternehmen um

1. gleiche Entgelte für gleiche Leistungen bundesweit,
2. den Wettbewerb um Qualität und nicht um Preise und
3. die Beibehaltung der staatlichen Planungshoheit zu erhalten.

Ansprechpartner: Wolfgang Gagzow, Geschäftsführer der KGMV